

# Kreis Steinburg ist weiter ein Kandidat

Suche nach Atommüll-Endlager: Erst 2031 soll feststehen, wohin die radioaktiven Abfälle kommen

Jochim Möller

Seit 2017 läuft die bundesweite Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle. Und der Kreis Steinburg ist dabei noch gut im Rennen. In einem ersten Zwischenbericht hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) nach einer Abfragung von Daten bei den Bundes- und Landesbehörden so genannte Teilgebiete ermittelt. Während im Bund 54 Prozent der Flächen derzeit noch in Frage kommen, sind es im Land Schleswig-Holstein 70 Prozent und im Kreis Steinburg sogar 84 Prozent. Das betonte BGE-Geschäftsführer Steffen Kanitz während einer gemeinsamen Sitzung des Wirtschafts- und Umweltschutzausschusses.

Gesucht wird laut Kanitz ein Atommüll-Endlager, „das größtmögliche Sicherheit“ bietet – und das für die nächsten eine Million Jahre. Ob das letztendlich im Kreis Steinburg oder anderswo sein wird, soll endgültig erst im Jahr 2031 feststehen. Solange läuft das aus drei Phasen bestehende Auswahlverfahren, bei dem nach und



Wo soll der deutsche Atommüll eingelagert werden? Hinsichtlich der Bodenbeschaffenheit scheinen weite Teile Steinburgs bisher dafür geeignet zu sein. Foto: Jens Wolf

nach weitere Gebiete ausgeschlossen werden. In Betrieb gehen soll das Endlager im Jahr 2050.

Nach der bisher vorgenommenen Datenabfrage kommen Gebiete nicht in Frage, in denen unter anderem seismische und vulkanische Aktivitäten herrschen oder die durch Bergbau ge-

prägt sind. Davon ist der Kreis Steinburg jedoch kaum betroffen. Im Gegensatz dazu liegen unter den fünf Teilgebieten, die es im Kreis Steinburg gibt, Gesteinschichten, die als Wirtgesteine dienen können. Dazu zählen unter anderem Tonsteine und Salzgesteine, die über eine Schichtdicke von

mindestens 100 Meter verfügen und in einer Tiefe zwischen 300 und 1500 Meter liegen. Kanitz machte jedoch auch klar, dass die bisherigen Ergebnisse nur ein erster Zwischenstand seien. Denn das Verfahren solle transparent sein und „nicht hinter verschlossenen Türen

verhandelt werden“. Grundlage des Auswahlverfahrens ist das auch die Öffentlichkeitsbeteiligung regelt, sei das Standortauswahlgesetz, be- teile der Geschäftsführer. Den von der Bundesgesellschaft für Endlagerung vorgestellten Ansatz konnte auch Sabine Rosenbaum, Leiterin der Abteilung Geo-

logie und Boden beim Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Schleswig-Holstein, nachvollziehen. Sie hätte sich aber gewünscht, dass zum jetzigen Zeitpunkt die in Frage kommenden Teilgebiete bereits kleiner gewesen wären. „Doch der Zwischenbericht ist möglichst positiv gehalten, um nicht zu viel auszuschließen.“ Sie forderte jedoch unter anderem, den Suchraum erst ab einer Tiefe von 400 Meter beginnen zu lassen.

„Der Zwischenbericht ist möglichst positiv gehalten, um nicht zu viel auszuschließen.“

Sabine Rosenbaum  
Abteilung Geologie und Boden

Marko Förster (CDU), Vorsitzender des Umweltschutzausschusses, riet aufgrund des gerade erst begonnenen Auswahlprozesses dazu, nicht in Aktionismus zu verfallen und erst einmal abzuwarten. „Auch wenn niemand das Zeug vor seiner Haustür haben will.“